Mehr Innovation in der Wirtschaft

Autor(en): **Wittmann, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **102 (1984)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-75417

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mehr Innovationen in der Wirtschaft

Von Walter Wittmann, Disentis

Aus dem Wellental eines langfristigen Zyklus führen technische Innovationen grosser Tragweite, auf denen der lange Aufschwung aufbaut. Voraussetzung sind rasche Strukturanpassungen und Unternehmungen, die genügend Risikokapital einsetzen können. Eine freie Marktwirtschaft mit einem Minimum an Staatseingriffen kann diese Randbedingungen bieten, trotz protektionistischen Handelshemmnissen auf den Exportmärkten und Billigimporten. Die liberalen Massnahmen, die der Autor befürwortet, sollen die Träger der wirtschaftlichen Initiative von sozialen Einbindungen und fiskalischen Belastungen befreien und den erforderlichen Spielraum für Innovationen schaffen.

Langfristige Zyklen

Anfang der siebziger Jahre ging der langfristige Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit zu Ende. Derartige Aufwärtstrends gab es schon zwischen 1843 und 1874 und von 1895 bis 1913. Sie werden ausgelöst und getragen von einem *Investitionsschub,* der von fundamentalen technischen Neuerungen ausgeht. Früher wirkte der Eisenbahnbau, später die Elektrifizierung auslösend und dann die technischen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg.

Solche Wirtschaftsaufschwünge dauern im allgemeinen 25 bis 30 Jahre. In ihrem Verlauf kommt es zu *Sättigungserscheinungen* bei den von den wichtigsten Branchen erzeugten Gütern. Das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt sich und mündet nicht selten in wirtschaftliche Stagnation: Es braucht erneut eine technische Revolution, aus der jene Unternehmen und Branchen hervorgehen, die massiv investieren und imstande sind, einen neuen langfristigen Aufschwung einzuleiten und durchzuziehen. Solche Perioden dauern - wie schon Kondradieff feststellte - ebenfalls 25 bis 30 Jahre und zeichnen sich durch *raschen Strukturwandel* der Wirtschaft, Überwiegen der rezessiven Jahre und Arbeitslosigkeit aus.

Die Erdölkrise vom Herbst 1973 fällt mit dem Auftakt des Trendbruchs der Nachkriegszeit zusammen. Sie hat diesen keineswegs ausgelöst, höchstens verstärkt. In der Schweiz vollzog sich dieser Bruch im wesentlichen von 1974 bis 1976: Die nun zu grosse *Bauwirtschaft* wurde innert Jahren im Anteil muster überdimensioniert. Der bis Anam Volkseinkommen halbiert. Ebenso verlor die *Industrie* massiv Arbeitsplätze. Sie war entsprechend einem für Industrieländer gültigen Entwicklungsfang der siebziger Jahre überbewertete Schweizer Franken hat dies im Verein mit der starken weltwirtschaftlichen Expansion und dem Zuzug von Gastarbeitern ermöglicht und auch entscheidend bewirkt.

Mit dem Bruch des Wachstumstrends setzte die relative Expansion des *Dienstleistungssektors* ein. In der Hochkonjunktur von den sechziger Jahren an war dieser «natürliche» Prozess unterbunden. Nun vollzog die Schweiz zu Lasten von Bauwirtschaft und Industrie den Aufbruch in die «nachindustrielle» Gesellschaft.

Ab 1973 kamen die (alten) Konjunkturzyklen wieder zum Vorschein. In den Jahrzehnten zuvor waren sie von der Wachstumsdynamik der Wirtschaft überlagert. Grob gesprochen folgen nun wieder auf zwei gute Jahre (z. B. 1980/81 zwei rezessive Jahre (z. B. 1982/83). In dem Masse, wie es nicht mehr möglich ist, ausländische Arbeitskräfte abzubauen, werden jetzt auch Schweizer von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Die kurz- und mittelfristigen Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit sind zwar ein bedeutsamer, nicht aber der entscheidende Aspekt der Zukunft. Im Mittelpunkt des Interesses stehen jene *Trends,* die unabhängig von Konjunkturschwankungen seit zehn Jahren wirken. Sie vollziehen sich - zumindest für die Öffentlichkeit - «heimlich, still und leise». Sie werden in der Regel nur von jenen erkannt, die sich professionell damit beschäftigen, und von den direkt und negativ Betroffenen. Darin liegt wohl ihre Gefährlichkeit: Ohne rechtzeitige Kurskorrektur besteht die Gefahr eines «Point of no return», nach welchem es für die Unternehmen und den Staat endgültig zu spät ist, Massnahmen einzuleiten. Beide stehen dann vor vollendeten Tatsachen: Das klassische Beispiel ist die schweizerische Uhrenindustrie.

Die Schweiz heute

Seit dem Bruch des Wachstumstrends der Nachkriegszeit vor zehn Jahren sind im wesentlichen folgende Entwicklungstendenzen zu beobachten: Der Arbeitsplatzverlust in Industrie und Baugewerbe hat die gesamtwirtschaftliche Substanz stark angegriffen. Diese Tatsache ist irreversibel, die Verluste sind endgültig. Anders ausgedrückt haben die *Reservepolster* der Wirtschaft nachhaltig gelitten. Im Laufe eines Jahrzehnts ist es den meisten Unternehmen nicht gelungen, die Reserven zu stärken. Die Erträge waren nicht selten - absolut und permanent - rückläufig. Konjunkturelle Aufhellungen verbesserten diese Situation nur marginal, der Abwärtstrend der Erträge konnte nicht gebrochen werden.

In nicht wenigen Fällen mussten (stille) Reserven aufgelöst werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und die Unternehmen überleben zu lassen. Im Zuge dieser Erosion nahm die Selbstfinanzierung erheblich ab, und die Abhängigkeit von Krediten nahm entsprechend zu. Die Abwehrkraft und die Anpassungsfähigkeit an stark veränderte Verhältnisse in Industrie und Baugewerbe haben Schaden genommen. Für neue und schwere Herausforderungen sind diese Branchen weniger gut gerüstet als 1973 am Ende des Nachkriegsaufschwungs.

Belastungen

Es ist zwar erfreulich, dass die Schweiz in «gutem Einvernehmen» den sozialen Frieden bis heute nahezu integral erhalten konnte, dessen Preis man aber nicht übersehen darf. Die *spezifischen Lohnkosten* haben sich laufend und bedeutend erhöht. Da die Löhne und Ge-

hälter rund 70 Prozent des Volkseinkommens ausmachen, handelt es sich letztlich um die strategische Grösse der Kostenentwicklung. In den letzten Jahren kam die Konkurrenz zunehmend aus den sogenannten Billiglohn- und Schwellenländern, welche einen rasch wachsenden Anteil der industriellen Produktion an sich ziehen.

Alte Industrieländer wie z. B. die USA reagierten auf die «japanische Herausforderung» mit Rationalisierungsinvestitionen, mit Beschleunigung der technologischen Entwicklung und vor allem auch mit massiven Lohnverzichten, die von den Gewerkschaften in Kauf genommen wurden, um so die Arbeitsplätze zu retten. In der Schweiz stand eine solche Alternative nicht einmal zur Diskussion. Im Gegenteil: Der volle Teuerungsausgleich - unabhängig von Beschäftigungs- und Konkurrenzsituation - wurde als Minimalforderung betrachtet und meist auch durchgesetzt. Das Festhalten an Einkommensforderungen ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hat den Industriestandort oder den Werkplatz Schweiz zweifelsfrei erheblich geschwächt.

Über die stark angewachsenen Steuer- und Soziallasten für natürliche und juristische Personen, die unternehmerisch tätig sind, wurde schon viel geschrieben. Entscheidend ist dabei die auffallende Steigerung zwischen Ende der sechziger und Mitte der siebziger Jahre. Dies geschah ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die Tragfähigkeit der Wirtschaft sich fundamental zu verschlechtern begann. Bei schwachem oder fehlendem Wachstum ist es nicht mehr möglich, solche Belastungen ausreichend zu überwälzen: Sie treffen die Gewinne und Einkommen direkt, was die finanziellen Anreize der unternehmerischen Initiative beeinträchtigt. Mit der anhaltenden Schwächung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft werden auch die Fundamente des Sozialstaates entsprechend ausgehöhlt.

Das Einsetzen des Bruchs im Wachstumstrend rief sofort ein starkes Bedürfnis hervor, das Erreichte endgültig abzusichern. Dadurch wurden der Wirtschaft Fesseln angelegt, die sie weniger anpassungsfähig machten. Die Schutzmassnahmen zugunsten von Mietern und Arbeitnehmern erfuhren massiven Ausbau, die Eigentumsrechte entsprechende Einschränkung. Immer weitere Bereiche wurden der staatlichen Kontrolle unterworfen. Die meisten und wichtigsten Bereiche unserer Volkswirtschaft sind «administriert». Die Nutzniesser der vielfältigen Schutzmassnahmen fordern die weitere «soziale Einbindung» von Unternehmen, Selbständigen und Eigentümern. Dieser Trend ist seit zehn Jahren ungebrochen. Man kommt nicht um die Feststellung herum: Die Voraussetzungen, unternehmerisch tätig zu sein, haben sich bei uns seit 1973 in jeder Beziehung erheblich verschlechtert!

Unsere Wirtschaft sieht sich seit längerem zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert, die aus dem Ausland stammen und daher als gegeben anzusehen sind: Die meisten Konkurrenzländer gewähren ihren nicht leistungsfähigen Unternehmen Subventionen. Dies tun besonders jene Länder ausgeprägt, die ihre Arbeitsplätze sozusagen um jeden Preis erhalten wollen. Üblich sind meistens auch langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen, die mit einer Staatsgarantie verbunden sind: Der Staat übernimmt das Exportrisiko und subventioniert Kredite, die nicht selten so hoch wie die Verkaufssumme sind. Zahlreiche Länder haben keinen freien Devisen- und Kapitalverkehr, was sich besonders auf die multinational tätigen Unternehmen auswirkt.

Hinzu kommt, dass der Protektionismus an Bedeutung gewinnt. Eine wachsende Zahl von Aussenhandelspartnern sucht ihr Heil in der zunehmenden Abschirmung ihrer Märkte gegen ausländische Konkurrenz. Je grösser die internen Märkte sind oder, anders ausgedrückt, je kleiner die Aussenhandelsquote ist, desto erfolgreicher und damit verlockender kann diese Politik sein. Diese protektionistischen Massnahmen segeln unter der Flagge der «Eroberung des inländischen Marktes»!

Den internationalen Handel behindern auch komplizierte (Import-)Regelungen, zeitliche Verzögerung in der Abwicklung und häufige Änderungen der Einfuhrpraxis. Ihnen ist über die international gültigen Verträge kaum beizukommen. Es sind versteckte und daher besonders lästige Beschränkungen des Freihandels. Es kommt hinzu, dass immer mehr Länder wegen Überschuldung und fehlenden Devisen zu stagnierenden oder schrumpfenden Märkten geworden sind. Dies hat zur Folge, dass die Konkurrenz in den noch freien Märkten besonders hart geworden ist. Traditionelle Industriebranchen leiden zudem weltweit an Überkapazitäten, die mit einem starken Verdrängungswettbewerb verbunden sind.

Die Strukturanpassung ist voll im Gange und wird während der achtziger Jahre anhalten. Es ist mit technischen Sprüngen zu rechnen, bei denen sich jene Erzeugnisse, Verfahren, Unternehmen und Branchen herausbilden werden, die das wirtschaftliche Wachstum der neunziger Jahren prägen werden.

Ausblick

Aufgrund der heutigen Erfahrungen darf allgemein festgehalten werden, dass die Schweiz mit Schwierigkeiten wohl nur im *industriellen Sektor* zu rechnen hat. Die Landwirtschaft wird im heutigen Ausmasse für die Selbstversorgung in Zeiten erschwerter Zufuhr benötigt. Die *Bauwirtschaft* darf mit einem langfristigen Anteil am Volkseinkommen von 13 bis 15 Prozent rechnen, wenn der Staat demnächst seine Zurückhaltung im Ausbau der - zukunftsbezogenen - Infrastruktur aufgibt. Die tragenden Branchen des *tertiären Bereiches* können auf weiteres mit - abgeflachtem - Wachstum rechnen. Sie sind der Gefahr von technologischen Revolutionen weniger ausgesetzt.

Nachdem die Angriffe auf den *Finanzplatz* Schweiz zumindest für eine mittelfristige Periode abgewehrt werden konnten, besteht auch hier Zuversicht. Es hat sich offenbar die Erkenntnis durchgesetzt, dass auf den Finanzplatz für die Erhaltung von Arbeitsplätzen und Einkommen besonders dann nicht verzichtet werden kann, wenn im industriellen Sektor weiter und anhaltend mit erheblichen Anpassungen zu rechnen ist: In Frage gestellt ist nämlich der Industriestandort Schweiz, und zwar sowohl infolge eines im internationalen Vergleich erhöhten Kostenniveaus als auch wegen einer technologischen Schwäche!

Für die längerfristige Zukunft ist anzunehmen, dass jener weltwirtschaftliche Strukturwandel, der 1973 einsetzte, sich mindestens *noch ein Jahrzehnt fortsetzen* wird. In diesem Zeitraum ist sogar mit einer Verstärkung der oben angeführten negativen Faktoren für den weltweiten Güteraustausch zu rechnen. Hinzu kommt die enorme Verschuldung einiger wichtiger Aussenhandelspartner. Die Lösung dieses Problems erfordert eine langfristige Sanierungspolitik. Jene Länder, die ihre Probleme mit sozialistischen Rezepten zu lösen versuchen, haben keine Aussicht, dass ihre Wirtschaft gesundet: Sie werden in den kommenden Jahren zurückgeworfen, um später von entscheidend verschlechterten Bedingungen aus wieder marktwirtschaftliche Politik betreiben zu müssen. Auf längere Sicht ist weltweit nicht mit einem starken wirtschaftlichen Wachstum zu rechnen: Dies bedeutet eher bescheidene Impulse für unsere Exportwirtschaft. Diese werden von jenen Ländern ausgehen, die dem Strukturwandel der Wirtschaft weitgehend freien Lauf lassen und von einem bereinigten Niveau aus den nächsten langfristigen Wirtschaftsaufschwung einleiten werden. Diesen wer-

den nur jene Länder erleben, die in vorderster Front des technischen Fortschritts stehen: Äusserste Flexibilität und Anpassungsfähigkeit ist daher auch für die Schweiz die lebenswichtige Devise der achtziger Jahre. Nur so werden wir im industriellen Sektor langfristig mithalten können.

Ansatzpunkte

Wir haben – realistisch gesehen – keine Chance, jene Faktoren, die vom Ausland wirtschaftlich auf uns zukommen, zu beeinflussen. Daraus kann man nur schliessen, dass wir uns darauf einrichten müssen, negative Wirkungen des Auslandes auf unsere Wirtschaft mit inländischen Massnahmen zu kompensieren. In dem Masse, wie wir jeweils bereit sind, dies ohne langes Zögern zu tun, sind unsere langfristigen Aussichten durchaus günstig.

Was wir aber unbedingt vermeiden müssen, sind Staatseingriffe in die Wirtschaft, die in der Absicht erfolgen, irgendwelche Unternehmen und Branchen von der ausländischen Konkurrenz abzuschirmen. Dies können wir uns finanziell und ökonomisch auf die Dauer einfach nicht leisten, weshalb wir von vornherein darauf verzichten sollten. Mit dieser Politik sind wir bisher bestmöglich gefahren; wir sollten sie unter keinen Umständen ändern!

In den letzten Jahren wurde intensiv über die verschlechterten Rahmenbedingungen für die schweizerische Wirtschaft diskutiert. Hier geht es nicht um Vermutungen; die Zahlen können belegt werden. Für unser Land gibt es eine herausragende Aufgabe in den achtziger Jahren: Die Rahmenbedingungen für unsere Volkswirtschaft sind fundamental zu verbessern. Es geht dabei nicht vorrangig um die multinationalen Unternehmen, die weltweite Ausweich- und Kompensationsmöglichkeiten haben, sondern um die Klein- und Mittelunternehmen, die noch immer das Gerüst unserer Volkswirtschaft bilden. Sie werden auf jeden Fall von weltwirtschaftlichen Entwicklungen getroffen wie z. B. von konkurrierenden Importen, deren Preise sich nicht mehr marktwirtschaftlich bilden.

Mögliche Massnahmen

Ist von verbesserten Rahmenbedingungen die Rede, so ist konkret an folgende Massnahmen zu denken:

1. Der *Verordnungs- und Gesetzesflut* ist Einhalt zu gebieten. Sie ist insbesondere für die Klein- und Mittelunternehmen untragbar geworden.

2. Jene Verordnungen und Gesetze, die unternehmerisch tätige Personen betreffen, sind *radikal zu vereinfachen* und beschleunigt anzuwenden. Nur so ist es möglich, potentielle Investoren nicht – wie bisher – abzuschrecken.

3. Sämtliche *Vermögenssteuern zu Lasten* von unternehmerisch eingesetztem Kapital sind nicht nur zu mildern, sondern abzuschaffen. Sie wirken sich kontraproduktiv auf Arbeitsplätze und Investitionen aus.

4. Die *einbehaltenen Gewinne* von Unternehmen aller Rechtsformen sind von Steuern und Sozialabgaben zu befreien: So kann die erforderliche Eigenfinanzierung wieder ausreichend verbessert werden (Risikokapital).

5. Die Wirtschaft unter Einschluss der Selbständigerwerbenden ist von allen *Sozialabgaben* zu entlasten, die nicht nach dem Verursacher- und Nutzniesserprinzip erhoben werden.

6. Überfällig ist die Lockerung der *sozialen Einbindung* von Selbständigen, Unternehmern und Eigentümern, damit jener Handlungsspielraum zurückgewonnen werden kann, auf den eine leistungsfähige Marktwirtschaft unbedingt angewiesen ist.

7. Die soziale Marktwirtschaft erfordert eine Redimensionierung des *Wohlfahrtsstaates* auf einen Sozialstaat nach dem Subsidiaritätsprinzip. Nur so ist gewährleistet, dass die tatsächlich Hilfebedürftigen nicht um ihre Sozialleistungen bangen müssen.

8. Der Finanzplatz Schweiz ist von allen Sondersteuern zu verschonen. Als unentbehrliches Element unserer Wirtschaft darf er nicht weiter verunsichert werden!

9. Der Staat soll auch künftig auf eine aktive Strukturpolitik verzichten; er soll und kann die marktwirtschaftliche Ordnung gewährleisten!

10. Im Rahmen der Herausforderung der achtziger Jahre kommt es massgeblich auf die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer bei den Einkommens- und Sozialforderungen an. Der soziale Friede wurde in den letzten zehn Jahren durch massive Verzichte von Selbständigen, Arbeitgebern und Eigentümern erkauft, was auch zu Lasten der volkswirtschaftlichen Substanz ging. Diese kann im wesentlichen nur noch über flexible und zurückhaltende Lohn- und Sozialforderungen erhalten und nötigenfalls gestärkt werden. Es ist daran zu erinnern, dass die Arbeitnehmer als die alles überragende Einkommensgruppe nichts fordern und durchsetzen können, was auf die Dauer nicht auf sie zurückfällt. Wer diese Zusammenhänge begreift, kommt nicht darum herum, künftig die grösste Verantwortung für Wohlstand, Sozialstaat und Freiheit den Arbeitnehmern und Gewerkschaften zuzuordnen. Uns allen wäre es gedient, wenn sie sich ihrer strategischen Rolle während schwieriger Zeiten so bewusst wären, dass sie ihre Ansprüche nach der gesamtwirtschaftlichen Tragfähigkeit bemessen würden.

Jene Trends, die 1973 einsetzten, dürfen sich nicht mehr lange fortsetzen. Sie sind zuerst abzuschwächen und dann zu brechen. Es ist zu hoffen, dass die gegenwärtig und künftig schwierige Wirtschaftslage den überfälligen Einsichten in die neuen Anforderungen zum Durchbruch verhilft. Wie in anderen Industrieländern ist auch bei uns eine Wende herbeizuführen. Es geht wieder allgemein aufwärts, wenn die Träger der wirtschaftlichen Initiative die Sicherheit haben können, dass ihre soziale Einbindung und ihre Belastungen zunächst nicht mehr zunehmen und später auch gelockert werden. Es wird sich dann wieder lohnen, unternehmerisch tätig zu sein: Dies ist für alle mit Vorteilen verbunden!

Nach einem Vortrag vom 9. Januar 1984 im Rahmen des Weiterbildungskurses der FII, Fachgruppe der Ingenieure der Industrie des SIA

Adresse des Verfassers: Prof. Dr. rer. pol. *W. Wittmann*, 8170 Disentis. (Universität Freiburg i. Ue.)